

TÜRKEI

Stiller Triumph

Kopftücher an türkischen Universitäten waren jahrzehntlang ein eisernes Tabu für die kemalistische Bildungselite im Land. Seit diesem Montag gilt das nicht mehr. Mit einer Anweisung an das Universitätspersonal, verhüllte Studentinnen künftig nicht mehr aus den Hörsälen zu werfen, hob der zentrale Hochschulrat YÖK – das oberste Bildungsgremium des Landes – das Kopftuchverbot de facto auf. Die Lehrkräfte sollen Studentinnen mit Kopftuch zwar weiter ihrem Vorgesetzten melden, aber die jungen Frauen werden nicht länger bestraft. Angestoßen wurde die Diskussion durch die Beschwerde einer Medizinstudentin, die von einer Prüfung ausgeschlossen wurde, weil sie ihr Haar unter einem Hut verbarg. Hüte oder Perücken wurden von muslimischen Studentinnen in der Vergangenheit gern genutzt, um das Kopftuchverbot zu umgehen. Für die konservative Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ist



Demonstration vor der Uni in Istanbul

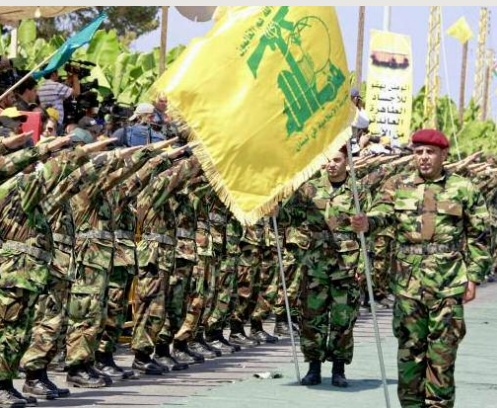
die De-facto-Freigabe des Kopftuchs ein stiller Triumph. Ein Versuch Erdogans, das Verbot 2008 aufzuheben, scheiterte vor dem Verfassungsgericht und führte sogar zu einer Klage, die Regierungspartei zu verbieten. Der säkularen Elite gilt das Tuch von jeher als Indiz für die Islamisierung des Landes, doch anders als vor zwei Jahren blieben diesmal Proteste der Kemalisten aus. „Die Türken haben das Thema Kopftuch satt“, erklärt die Journalistin Hilal Kaplan das Schweigen der Opposition.

Beirut vor dem Staatsbesuch von Irans Präsident Ahmadinedschad

Aussagen benutzt, von denen er wissen musste, dass sie falsch sind.“ Lehmann habe ihm mit Mehlis' Einverständnis sogar einen schmutzigen Deal vorgeschlagen: „Sie wollten, dass ich die syrische Regierung dazu überrede, ein Opfer zu präsentieren, das sich dann für den Mord schuldig bekennen sollte.“ Mehlis ist derzeit für die EU auf den Philippinen. Er wies den Vorwurf gegenüber dem SPIEGEL als „unsinnig“ zurück. Unter den 33 Männern, gegen die der Staatsanwalt in Damaskus jetzt Haftbefehle erließ, sind hochrangige Syrien-kritische Libanesen: ein Parlamentsabgeordneter, der Generalstaatsanwalt, Beiruts Polizeichef und ein enger Berater von Premier Saad al-Hariri, der nun das Amt seines Vaters innehat. Sajjid will offensichtlich in Absprache mit führenden syrischen Politikern das Sondertribunal diskreditieren, denn der Gerichtshof wird wohl führende Mitglieder der schiitischen Hisbollah des Mordes anklagen. Nun steht Hariri stark unter Druck, weil die an der Regierung beteiligte Hisbollah auf keinen Fall Parteigänger nach Den Haag überstellen will – ein neuer Bürgerkrieg droht. Verstärkt werden die Spannungen durch den provozierenden Staatsbesuch von Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad. Der möchte unter dem Schutz der Hisbollah-Freunde den Südlibanon besuchen, auch ein Dorf an der Grenze zu Israel. Dort plant er einen symbolischen Steinwurf gegen das „zionistische Gebilde“.



FOTOS: JAMAL SADI / REUTERS



Hisbollah-Aktivisten

EUROPA

Falsche Freunde

Nachdem die EU-Führung kläglich damit gescheitert ist, bei den Vereinten Nationen in New York vom „Beobachter“ zum Quasi-Mitglied hochgestuft zu werden, kursieren unter Brüsseler Eurokraten Rachedgedanken. Der angestrebte Status hätte es dem europäischen Ratspräsidenten, Herman Van Rompuy, unter anderem erlaubt, in der Uno-Vollversammlung zu reden und eigene Vorschläge einzubringen. Ein Beobachterstatus wird vielen Organisationen zugestanden, von der Arabischen Liga bis zum Roten Kreuz. Der Brüsseler Wunsch nach Höherstufung wurde mit der Mehrheit vieler Drittstaaten aus Afrika, dem karibischen und pazifischen Raum – den sogenannten AKP-Ländern – abgeblockt. Dabei werden gerade diese

Länder, meist ehemalige britische oder französische Kolonien, von der EU besonders gehätschelt. Sie dürfen ihre Waren bevorzugt nach Europa liefern und bekommen üppige Entwicklungshilfe. Nun ärgern sich Brüsseler Funktionäre; eine deutsche Parlamentarierin empörte sich gar über den „grobem Undank“ und verlangte, künftig „mehr Druck zu machen“. Aber auch Großbritannien und Frankreich stehen unter Sabotageverdacht. Die einstigen Kolonialmächte sind heute quasi zu Schutzpatronen ihrer ehemaligen Übersee-Besitzungen geworden. Die stimmen sich deshalb bei solchen Themen gern mit ihnen ab. Womöglich war das auch hier der Fall, und London und Paris haben, so ein Brüsseler Diplomat, „über die afrikanisch-karibische Bande gespielt“. Denn die beiden ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats wären wenig begeistert gewesen von einer zusätzlichen EU-Stimme.